

Stellungnahme des Herrn Stv. Winand Koch für die FDP-Fraktion zum Haushalt 2018

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

auch ein Gruß an die vielen Zuschauer, das ist außergewöhnlich, dass so viele Leute da sind, das wertet unsere Arbeit auf, das ist positiv und bei den Haushaltsreden ist es schon seit Jahr und Tag so, dass oft über Zahlen geredet wird, die im Haushalt nachvollziehbar sind, die aber auch schon sehr lange und sehr oft in den Ausschüssen besprochen worden sind. Und wenn man dann als Vierter auf dem Rednerpult so die gleichen Zahlen wiederholt, dann ist das manchmal langweilig und deswegen beschränken wir uns schon seit langer Zeit darauf, dass wir die groben Linien darstellen und insbesondere auch Ausführungen machen, die in die Zukunft weisen.

Und ich muss jetzt eingestehen für meine Fraktion, wir haben uns eben grad so ein bißchen ausgetauscht, die Ansätze, die bei den Zahlen in der CDU-Fraktion eben rausgekommen sind und dargestellt worden sind, die sind kritisch. Meine Damen und Herren, die bringen uns aber auf ein neues Niveau, das sollten wir wirklich konkret angehen und sollten auch die sog. Luft, die im Haushalt ist, mal ein bißchen überprüfen und gucken, dass das Parlament vielleicht auch seiner Aufsichtspflicht und seiner Beratungspflicht bei der Verwaltung auch in diesen Punkten nachkommt. Wie gesagt, haben Sie Verständnis dafür, dass wir auf generelle Linien eingehen und deswegen ist es dieses Jahr so, dass insbesondere im Jahre der Jahre im Jahre 2016 wir ja erkannt hatten, welche finanziellen Probleme auf die Stadt zukommen und wir schon rechtzeitig und frühzeitig reagiert haben.

Haushaltsjahr 2019 und der Haushalt hat gut reagiert. Externe Zuschüsse und nur externe Zuschüsse haben uns vor dem Kuratell der Aufsichtsbehörden gerettet, eine sehr positive Entwicklung für Stadt, für die Zuschussgeber, für die Menschen, die hier Verantwortung tragen, aber ein Warnhinweis für uns, wir müssen für die Zukunft uns Gedanken machen. Und meine Damen und Herren, ich hab eben mal nachgerechnet, ich steh jetzt zum 26. Mal für eine Fraktion hier in dieser vor Ihnen und ich müsste eigentlich zum 26. Mal davor warnen, dass die Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle ist und wir ganz, ganz besonders darauf aufpassen müssen, dass die Unternehmen immer wieder gut verdienen in Allendorf. Dass die Menschen fleißig arbeiten, dass die Menschen viel verdienen. Meine Damen und Herren, in 26 Jahren ab und zu hat es mal einen Einbruch gegeben, aber in 26 Jahren hat sich immer alles positiv weiterentwickelt.

Meine Damen und Herren, das Vorgehen im vorliegenden Haushalt, wenngleich auch mit nun deutlich geringem Zuschussbetrag von dritter Seite ist positiv und so führt auch der Haushalt zu einem ausgeglichenen Ergebnis. Man kann also mit Fug und Recht sagen, dass die Planung, Planung ist es, die Haushaltswirtschaft für das Jahr 2018 und auch der mittelfristige Finanzplan nunmehr ein Stadium erreicht hat, wonach wir in ruhigeres Fahrwasser geraten können. Wir können auch im Haushalt nachlesen, wie positiv die Gesamtentwicklung, insbesondere die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung von der Stadt aus prognostiziert wird. Meine Damen und Herren, nichts anderes, das ist die Basis, die eigentliche Basis unserer Planungen. Ob dies alles eintreffen wird, ob wir tatsächlich in der Lage sind, eigenverantwortlich mit den Mitteln, die hier vor Ort erwirtschaftet werden und aufgewendet werden, sinnvoll und verlässlich in die Zukunft planen zu können, liegt aber nur zum Teil in unserer Hand. Insbesondere, ich hatte es erwähnt, die konjunkturelle Lage Deutschlands begünstigt die Stadt Stadtallendorf immer noch, weil erkennbar ist, dass die

Anteile der Einkommenssteuer, die uns zugestanden werden, sich erhöhen. Ähnliches gilt für die Umsatzsteuer und in größerem Maße, wie eben erwähnt, die Gewerbesteuer. Wir sind also in erheblichem Umfang davon abhängig, wie die Wirtschaft sich entwickelt, wie viel Geld die Menschen in Stadtallendorf verdienen und wie viel Geld die Menschen dann auch hier in Stadtallendorf tatsächlich ausgeben. Wäre diese derzeitige positive Entwicklung nicht so wie sie ist, hätten wir in Stadtallendorf massivste Probleme. Ich habe hier eine Position in der Haushaltsrede, wo ich noch mal erkläre, wie lange das geht, ich übersehe das gerade mal und will nur noch mal darauf hinweisen, dass man eigentlich nie denkt, dieses Wachstum, dieses Wachstum, dieses Wachstum, das kann nicht immer weiter gehen. Irgendwann muss doch da mal was passieren, dass das kein Wachstum ist.

Meine Damen und Herren, die 26 Jahre, die ich erwähnt habe, haben das Gegenteil gezeigt. Es geht in Deutschland immer weiter, es scheint so eine Endlosmaschine zu sein und trotz größerer und kleinerer Einbrüche die Situation hat sich immer weiter positiv fortentwickelt. Und deswegen können wir davon ausgehen, dass das auch in 2018, 2019 und in der mittelfristigen Planung weiter so sein wird. Die Entwicklung in Deutschland zeigt das. Auch seit über 60 Jahren, meine Damen und Herren, das ist eigentlich sehr gut, wir können letztlich, wenn wir so einen langen Zeitraum haben auch verlässlich planen.

Nun mal zu den kritischen Anmerkungen, die regelmäßig zu ´nem Haushalt gehören, die gemacht werden:

Für unsere Fraktion steht klar fest, dass Kritik konstruktiv ist. Kritik heißt nicht, dass man irgendjemand persönlich angreift, dass irgendjemand das persönlich nehmen muss, nein. Was hier an Anmerkungen, an Kritik kommt, ist positiv, muss diskutiert werden und es bringt uns positiv nach vorne. Und damit komme ich zu einigen Punkten, die wichtig sind: Also die Harmonie, die ich eben beschrieben hab, wird immer wieder von Gesetzgebern ein bißchen gestört, wenn die in die kommunale Selbstverwaltung eingreifen. Es bestätigt sich immer mehr, dass die Gesetzgeber auf Landes- und Bundesebene immer wieder dazu übergehen, die Kommunen zu gängeln. Ein äußerstes Negativbeispiel zeigt derzeit die hessische Landesregierung. Man führte vor Jahren eine Solidaritätsabgabe für erfolgreich wirtschaftende Kommunen ein, hat also die Erfolgreichen bestraft. Nach wie vor klagen wir als Stadt Stadtallendorf gegen diese kontraproduktive Verfahrensweise der Landesregierung, das ist gut so, meine Damen und Herren, wir müssen ja nicht 53 % unserer Einnahmen sowieso aus Solidarität von vorneherein an Dritte weiterreichen.

Meine Damen und Herren, es kamen dann verschiedene Erlasse, Hess. Finanzministerium, mit dem Haushaltsvorgaben gemacht wurden, die Stadtallendorf letztlich dazu brachte, die günstigste Situation im Hinblick auf die Steuereinnahmen zum Nachteil der Menschen Stadtallendorfs zu verändern. Das sind die Diskussionen, die wir vor ein, zwei Jahren geführt haben und auch wir waren da konsequent und haben gesagt, wir haben den Wählern gesagt, dass wir Gebührenerhöhungen, Steuererhöhungen nicht zustimmen, wohlwissend, dass wir in Stadtallendorf da nicht verantwortlich waren. Da war das Land Hessen verantwortlich. Dann sind die Entscheidungen gefallen und auf diesen Entscheidungen, hinter denen wir damals nicht standen, wird heute weiter gewirtschaftet. Das führt bei uns aber nicht zu, dass wir jetzt für alle Ewigkeiten den Haushalt ablehnen, weil wir im Prinzip einmal etwas haben schlucken müssen, hinter dem wir nicht gestanden haben. Das geht nicht. Also ich muss irgendwann dazu übergehen und muss die Gegebenheiten akzeptieren und dann muss man positiv weiterwirken und kann dann nicht für alle Zeiten meinen, jetzt haben wir mal ein Zeichen gesetzt und das bleibt immer so weiter. Das machen wir nicht.

Meine Damen und Herren, mit dem Land Hessen, nicht dass Sie denken, das hätte alles nun ein Ende. Nein! Nunmehr kommt das Problem mit der Hessenkasse auf uns zu. Auch hier werden wir zur Kasse gebeten und der Bürgermeister hat´s in den Beratungen schon prognostiziert, ohne was aus dieser Kasse zu erhalten. Also wir werden wieder gerupft.

Meine Damen und Herren und dann kommen noch die Probleme der Bestimmung des Landes Hessen dazu, wonach Freistellungen für Kinderbetreuung für das Land Hessen als positive Landesleistung verkauft werden. Auch hier kostet uns das wiederum viel Geld.

Meine Damen und Herren, der Umfang der Haushaltsrede reicht nicht dazu aus, diesen schnell zu durchschauenden Propagandaklu der hessischen Landesregierung, die wohl der wohl im Hinblick auf die Landtagswahl erfolgen soll. Nur so ist zu erklären, dass außer einer medienwirksamen Ankündigung bisher kaum Vorgaben getroffen wurden. Die Landtagsfraktion hat mitgeteilt, jetzt soll wohl ein Gesetzentwurf eingebracht worden sein. Mehr scheint noch nicht zu sein, aber das wird schon pünktlich vor der Landtagswahl wird das schon eine Rolle spielen. Aber ein Rechenbeispiel zeigt eindeutig, wie sich diese Propagandamaßnahme auf uns hier in Stadtallendorf auswirkt. Selbst wenn tatsächlich ein Kostendeckungsgrad von 30 % - und das ist unser Grad – bei den Kindergartengebühren erreicht worden ist, bleibt es dabei, dass die Kommune 70 % dieser Kosten regelmäßig und immer trägt. Bringen also mehr Eltern die Kinder nun in den Kindergarten, weil die Grundversorgung ja demnächst kostenfrei sein soll, muss die Stadt auch diese Kinder, es sind irgendwann mehr, übernehmen und das Defizit von 70 % jeweils zusätzlich tragen. Das kostet uns richtig Geld. Es müssen dann die Personalpläne bei den Kindergärten erweitert werden, evtl. sind zusätzlich Baumaßnahmen erforderlich, weil die Raumkapazitäten nicht ausreichen. Wer zahlt? Die Stadt! Die Werbemaschinerie des Landes Hessen verspricht 136 € Festbetrag pro Kind, ich glaube für 6 Stunden, wenn mich nicht alles täuscht. Das Land Hessen hat aber schon angekündigt, dass dieser Betrag nicht ausschließlich vom Land getragen wird. Dem Vernehmen nach ist zu erwarten, dass man sich bei diesem Betrag von 136 € aus dem Landeshaushalt nur zur Hälfte beteiligt. Und der andere Betrag soll über den kommunalen Finanzausgleich kommen, über den, den wir ja bekannterweise überproportional eintragen. Also, die kommunalen Gebietskörperschaften, die zahlen dann indirekt wieder etwas. Letztlich ergibt sich, dass die Freistellung von den Kindergartenkosten sich für eine Kommune wie Stadtallendorf nur so auswirkt, dass die Hälfte der 30 %, also 15 % evtl. vom Land Hessen übernommen werden. Den Rest zahlen die Steuerzahler Stadtallendorfs. Und das müssen wir hier verkraften. Ich prognostiziere schon jetzt, das wird ein richtig dicker Brocken, den wir schlucken müssen. Für Stadtallendorf heißt das, wir müssen also mehr aufwenden, wir müssen mehr tun. Und letztlich liegt die Vermutung nahe, dass, wenn schon die ersten Morgen- bzw. auch die Mittagsstunden frei sind, die Eltern durchaus auch weitere Nachmittagsangebote annehmen. Ist ja relativ günstig geworden, so dass auch diese Kosten wiederum finanziert werden müssen. Auch dies müssten wir als Kommune eigenständig leisten, wenn die Kinder dann zusätzlich nachmittags betreut werden.

Meine Damen und Herren, wieder eine Mehrbelastung. Die Rechnung hab ich eben vorgemacht.

Meine Damen und Herren, dieser Werbeclou, der sollte als solcher entlarvt werden und wir sollten deutlich nach außen zeigen, dass hier eigentlich falsch gemünzt wird. Das geschieht nämlich alles auf dem Rücken der Kommunen, auf dem Rücken der Stadt Stadtallendorf und wir müssen dann mit unseren Haushaltsmitteln dafür einstehen. Ich wag gar nicht zu prognostizieren, was das in den Kommunen bedeutet, die heute schon äußerst knapp wirtschaften. Die defizitär wirtschaften. Die heute schon alles nicht tragen können. Herzlichen Glückwunsch! Aus Kirchhain höre ich von Beteiligten nichts Positives über diese Maßnahme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion ist der vorliegenden Haushalts, tritt diesem vorliegenden Haushalt deshalb positiv gegenüber, weil der Haushalt versucht, auf zukünftige Entwicklungen zu reagieren, weil man z. B. keine Kassenkredite mehr aufnimmt. Grundsätzlich monieren wir aber, dass der Haushalt seit Jahren offensichtlich das primäre Ziel hat, nur eine Ausgeglichenheit herzustellen. Das ist zwar grundsätzlich zu unterstützen, aber für die FDP-Fraktion ist klar, dass wir zukünftig, also demnächst

erkennbare Schwerpunktsetzungen als erstrebenswertes Ziel darstellen müssen. Als eine Stadt, die wirtschaftlich starke Unternehmen hat, die ca. 13.800 Arbeitsplätze in der Stadt anbieten kann, das ist eigentlich einmalig in dieser Gegend hier, sollte dies auch in den Zielsetzungen des Haushalts eindeutig nach außen dokumentiert werden. Ein Schwerpunkt z. B. sollte da eindeutig die Entwicklung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen sein. Damit legen wir auf eine Weiterentwicklung fest, eine Weiterentwicklung im Sinne der Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze, wovon nicht nur wir, sondern die ganze Region profitieren würde. Wir würden dann weiterhin ein Leuchtturmprojekt Stadtallendorfs nach außen dokumentieren. Die Infrastruktur, insbesondere der Neu- und Ausbau von Straßen mit 1,43 Mio. € ist vernünftig, wir unterstützen das. Die Erschließung von Neubaugebieten in Erksdorf, Schweinsberg, Nieder Klein und auch in der Kernstadt werden angegangen und zeigt die positive Entwicklung der Stadt. Sportstätten werden sinnvoll ausgebaut. Das sehr teure Hallenbad erfordert auch weiterhin einen, das wussten wir alle, deutlichen Zuschuss jedes Jahr. Es hat keiner prognostiziert damals als das beschlossen wurde, eigentlich gegen unseren Willen damals, dass das weniger als eine Million im Jahr sein wird.

Meine Damen und Herren, auch die Haltestellen im Stadtbusbereich werden europarechtlichen Regelungen angepasst, so dass auch hier die Entwicklung nach vorne in die Zukunft weist. Die Hessentagsschulden gehen moderat zurück, aber in der Konzernbilanzbetrachtung ist von einem Rückgang des Schuldenstandes bei weitem nicht die Rede. Meine Damen und Herren, auch hier besteht zukünftiger Handlungsbedarf. Uns macht auch, ich hab das eben schon mal gehört, die Stellenausweitung um 7,27 Stellen Sorge. Es ist deshalb auch ein grundsätzliches Problem der Verwaltung, hier mal anzusprechen. Wir vermissen seit längerer Zeit eine Digitalisierungsrendite in der Stadtverwaltung. Während in den Unternehmen und auch in anderen Verwaltungen oftmals sinnvoll mit einer natürlichen Fluktuation die Digitalisierung zur Verlagerung von Arbeitstätigkeiten vorangetrieben wird und damit Kapazitäten im Personalbestand frei werden, die andere Aufgaben übernehmen können, scheint dies bei uns äußerst schwierig zu sein. Wir schaffen neue Stellen in Bereichen, die dies erfordern und uns gelingt es aber nicht, durch Verschlinkung und Effizienzsteigerung in anderen Bereichen Kompensationen herbeizuführen. Das wirkt nicht gut, ist aber auch ein Einfluss, Ausfluss der Tatsache, dass bis heute eine Verwaltungsorganisation, die ihren Namen verdient, nicht vorgelegt wird. Wir meinen, wenn jetzt der vom Bürgermeister eben in seiner Rede angesprochene Generationswechsel in der Verwaltung ansteht, das ist alles nicht mehr so lange, dann sollten wir als Parlament auf unser Recht bestehen und sollten sagen, so, was hier organisiert wird, was hier gemacht wird und was hier als neue Strukturen evtl. sich bildet, da wollen wir ein Mitspracherecht haben und ich fordere Sie alle auf, gemeinsam der Verwaltung deutlich zu machen, dass das nicht einfach so geht. Dass wir nicht beteiligt werden, meine Damen und Herren, wir sollten auf unser Beteiligungsrecht bestehen.

Der gesamte Haushalt und auch alles, was wir an Beratungen zu diesem Haushalt führen, befasst sich nach wie vor kaum mit dem Bereich der Digitalisierung. Wir können nur in ganz kleinen Bereichen erkennen, dass innerhalb der Verwaltung eine Verbesserung der Kommunikation, vielleicht auch von Strukturen stattfinden, aber auch die Menschen haben nicht das Gefühl, dass ein digitales Verwaltungsmanagement existiert, bei dem sie schnelleren und direkteren Zugriff auf einzelne Entscheidungs-, Beratungs- und andere Möglichkeiten haben.

Meine Damen und Herren, wir meinen hier eine entscheidende Aufgabe für die Zukunft erkannt zu haben und gehen davon aus, dass wir in diesem Parlament das demnächst positiv anstoßen können. Ich kündige schon jetzt Initiativen unserer Fraktion an.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns aber auch weiteren Infrastrukturänderungen stellen. Und da bleibt es einfach dabei. Es geht nicht ohne, dass die Realisierung der A 49 in absehbarer Zeit neben allen Problemen, die wir durchaus im Stadtbereich im Straßenbereich für unsere Bundes-, Landes- und Gemeindestraßen haben, eine Riesenchance für

Stadtallendorf bildet. Vor diesem Hintergrund hatte die FDP-Fraktion schon am 07.09.2015 einen Antrag in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, am 24.09., also bei der Beratung, hat daraufhin die Verwaltung durch den Stadtverordnetenbeschluss den Auftrag erhalten, zu prüfen, inwieweit die Gewerbegebietsflächen Stadtallendorfs insbesondere in der Nähe zur Autobahnauffahrt B 454 vergrößert werden können. Es sollte darüber berichtet werden, welche planungsrechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen erforderlich sind, um diese Chance neuer Gewerbeansiedlung offensiv zu nutzen. Meine Damen und Herren, hier zeigt sich ein grundsätzliches Problem, die Verwaltung setzt Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung in vielen Fällen sehr zögerlich und oftmals unbefriedigend um. In diesem konkreten Fall ist bis heutigem Zeitpunkt nichts geschehen. Wir meinen, das ist unverantwortlich. Wir bitten auch um Unterstützung aller anderen Fraktionen, dass dieser Antrag nunmehr umgesetzt wird, damit wir hier alle gemeinsam die positiven Auswirkungen einer sicherlich möglichen neuen Gewerbeansiedlung für Stadtallendorf bewerten können. Es ist dann nämlich zu erwarten, dass zusätzliche Arbeitsplätze entstehen, dass die Gewerbesteuererinnahmen sich nochmal erhöhen können und dass die Stadt in eine gute finanzielle Lage versetzt wird. Es ist auch zu erwarten, dass mehr Menschen evtl. sogar höhere Einkünfte in Stadtallendorf erwirtschaften können und das wird sich auf die Einkommenssteuer und damit auf die Umlage, die wir aus dieser Einkommenssteuer erhalten, positiv auswirken. Die positiven Ansätze des Haushalts 2018 werden sich dann offensichtlich verstärken. Es liegt also in unserem ureinzeln Interesse, dass hier so schnell wie möglich Tätigkeiten entfaltet werden, damit Stadtallendorf nicht die Chancen verpasst, die sich uns eröffnen.

Meine Damen und Herren, ich möchte für die FDP-Fraktion noch auf einen weiteren Punkt besonderen Wert legen: Wir als FDP-Fraktion halten es nach wie vor für erforderlich, dass das städt. Immobilienvermögen im Marktwert und im Unterhaltungsaufwand transparent wird. Wir haben das versucht über eine Anfrage, der Hans-Georg hat es eben schon mal angesprochen, aufzuklären, es ist eigentlich außerordentlich gut beantwortet die Anfrage, aber es wird sich viel aus dieser Anfrage noch ergeben. Es reicht nämlich nicht aus, dass lediglich Buchwerte zugrunde gelegt werden. Wir meinen, erforderlich ist, wenn wir schon darüber reden, ob wir uns von der ein oder anderen Immobilie trennen wollen, den Marktwert der Immobilie zu kennen, um dann später auch richtig und vernünftig entscheiden zu können. Das hat nämlich alles entscheidende Auswirkungen auf die Unterhaltungskosten, wenn wir wirklich nur Immobilien haben, die wir nicht mehr unbedingt brauchen, brauchen wir die auch nicht mehr zu unterhalten. Das kann nur positiv für uns sein.

Meine Damen und Herren, wir müssen die Unterhaltungskosten und die Verwaltungskosten für städt. Netze und Wege konkret und genau kennen, wir müssen auch den Sanierungsaufwand für die Straßen genau kennen. Ich geh dann, ich werd´ nachher keine Aussprache zu den Anfragen beantragen, aber Sie haben da schon erkannt, es gibt Straßen im Stadtgebiet, die sind seit 50 Jahren nicht mehr grundsaniert, vielleicht auch seit 60 Jahren. Das steht in Kürze dann an. Wie will ich eigentlich bei einem wiederkehrenden Straßenbeitrag dem Anlieger, der vor drei Jahren die Anliegergebühren bezahlt hat, wie will ich dem denn klar machen, dass er für die grundsätzliche Sanierung einer anderen Straße, wo 50 Jahre nix passiert ist, aufzukommen hat. Der hat kurz bevor, vor drei Jahren hat der Beträge in Größenordnung von 20/30.000 € bezahlt und wird jetzt wieder zur Kasse gebeten. Da muss es sehr gute Gründe geben und wir müssen wissen über was wir reden. Wir müssen konkret wissen, über was wir reden.

So, meine Damen und Herren, also die Anfragen sind auszuwerten, die sind gut beantwortet und es wird schon einiges dazu von uns noch an Initiativen kommen. Meine Damen und Herren, ich hatte schon erwähnt, dass wir einen Geschäftsverteilung- und Organisationsstruktur der Stadtverwaltung und der städtischen Gremien seit längerer Zeit anmahnen. Meine Damen und Herren, das hatte ich in der letzten Haushaltsrede schon angesprochen, geschehen ist freiwillig von Seiten der Verwaltung bisher nichts. Wir gehen mal davon aus, dass wir dann auf Freiwilligkeit in Zukunft nicht mehr bauen können. Meine

Damen und Herren, wir kennen auch nicht die Auswirkungen der EDV-Bearbeitung und die Digitalisierung in der Verwaltung und meine Damen und Herren, der Handlungsbedarf, der hier für uns existiert, den hab ich eben schon dargestellt. Die Verwaltung wird uns sicherlich in kooperativer Weise entsprechendes Datenmaterial zur Verfügung stellen, vielleicht auch mit Erläuterungen und meine Damen und Herren, das sind Zukunftsaufgaben, die uns auch sage ich mal eine Rendite erbringen können, dabei, wie wir und in welchem Umfang und mit welchen Maßnahmen, wir unsere Verwaltung steuern, wie die Verwaltung arbeitet. Vielleicht ist da wirklich das zu erreichen, was in Unternehmen mit Verschlankung oder mit mit Verlagerung von Arbeitstätigkeiten möglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist positiv, dass wir erneut einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt bekommen und dass es dort möglich ist, ca. 4 Mio. € zu investieren und dass wir dazu keine Investitions- und Kassenkredite in Anspruch nehmen. Es ist für die FDP-Fraktion besonders wichtig, dass Steuer- und Gebührensätze nicht erhöht werden. Nochmal: Die Erscheinung, die Entscheidung über die Höhung ist getroffen, da muss der Haushalt zwangsweise drauf reagieren. Damit erhöht dieser Haushalt hier weder Steuern noch Gebühren, weil er eigentlich eine Entscheidung, die getroffen ist, schon macht. Diese Entscheidung heute ist nicht mehr diejenige, die die Steuern und Gebühren erhöht. Ich lasse hier den Ankündigungsbeschluss bei den Stadtwerken bewusst außen vor. Da haben wir ja im Ausschuss besprochen, dass wir ja Diskussionen zu kommen, dass da noch weitere Entscheidungen zu kommen.

Meine Damen und Herren, wir sind bei unseren Umlagen leider so stark in Anspruch genommen, dass wir 53 %, d.h. 33,277 Mio. € an Dritte weiterreichen müssen, um unserer vermeintlichen Solidarität Rechnung zu tragen. Ich hatte in der letzten Haushaltsrede für die FDP-Fraktion schon dargestellt, dass dies nicht sinnvoll ist und dass es insbesondere nicht sinnvoll ist, erfolgreiche Kommunen immer wieder mehr zu belasten. Ich hatte auch beim letzten Mal schon das Motto, das Abraham Lincoln zu geschrieben wird, erwähnt: „Wichtig ist, man stärkt die Schwachen nicht, in dem man die Starken schwächt.“ Und das trifft nach wie vor zu. Genau das Gegenteil sollte gemacht werden. Man muss die Schwachen stärken, d. h. die Kommune, die nicht vernünftig wirtschaften können, damit sie aus eigener Kraft endlich in die Lage versetzt werden, positiv nach vorne zu wirtschaften, ohne die Leuchttürme, ohne diejenigen, wie die Stadt Stadtallendorf, zu schwächen, so dass da auch nichts mehr erwirtschaftet wird. Lediglich Umverteilung wie in der Hessischen Landesregierung vorgesehen, reicht da nicht. Die Hessentagsschulden werden merklich zurückgeführt, dazu hatte ich schon was gesagt und die Verbindlichkeiten der Stadt und seiner Eigenbetriebe werden, ich sage mal, nicht merklich erhöht. Ganz vorsichtig also von Einsparungen, von Schuldentrückführung können wir da ja in der Konzernbilanz nicht reden. Und meine Damen und Herren, trotzdem, der Hessentag ist nach wie vor eine äußerst positive Veranstaltung gewesen.

Ich möchte für die FDP-Fraktion zu den Wirtschaftsplänen der Stadtwerke und dem Eigenbetriebe Dul anmerken, dass insbesondere für die Stadtwerke die interkommunale Zusammenarbeit in Zusammenhang mit Digitalisierungsfortschritten in der Verwaltungsebene ein erhebliches Potential bietet. Der entsprechende Stadtverordnetenbeschluss vom 31.08.2017 über eine Kontaktaufnahme zu anderen Kommunen ist ja z. B. nach Neustadt weitergereicht worden. Vielleicht ergeben sich in diesem Bereich für beide Städte Renditen, die zur Kostendeckung in vielen Bereichen führen können. Wir wünschen uns auch weiteren Kontakt zu anderen Kommunen, damit der Bauhof der Stadtwerke mit all seinen Möglichkeiten auch vollständig und gut ausgelastet und genutzt werden kann.

Im Hinblick auf den Wirtschaftsplan Dul sind wir in der Stadtverordnetenversammlung in grundsätzlichen Überlegungen, die bei der Sinnhaftigkeit des Dul-Projektes auch konstruktive Diskussionen erwarten lassen. Wir haben ja nachher einen Antrag dazu, da wird

ein Kollege meiner Fraktion dann näheres zu aus. Wir werden also in diesem zu entscheidenden Wegstellungen kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die FDP-Fraktion hat in der Haushaltsrede grundsätzlich zum Haushalt Stellung genommen. Wir haben auf den in dem ein oder anderen Punkt nach vorne gewiesen, damit wir auch unsere städtische Leistungsfähigkeit für die Zukunft ausbauen und erhalten können. Das soll alles eindeutig zum Nutzen der Bürger und unserer Stadt geschehen. Wir sind es den Menschen in Stadtallendorf schuldig, dass nach einer Zeit der Pionierarbeit im letzten Jahrhundert nach der Konsolidierung Stadtallendorfs als attraktiver Wirtschaftsstandort nunmehr nach wieder nach vorne geschaut wird und die nächsten Jahre tatkräftig in Anspruch genommen werden. Dieser vorliegende Haushalt hier steht dem eindeutig nicht entgegen. Er ist eine Basis, ja quasi eine Startrampe für eine positive Zukunft und aus diesem Grunde stimmen wir als FDP-Fraktion dem Haushalt sowie den Wirtschaftsplänen zu.

Ein Wort zum Werner Hesse, der das eben moniert hat, dass man sich in den Ausschüssen enthält: Das ist vielleicht auch manchmal wie so eine Fläche, der eine machts, der andere machts. Man weiß nicht aus welchen Gründen der das macht. Wenn dann nicht mit offenen Karten gespielt wird, ist man als Fraktion mit vier Stadtverordneten überrascht. Man weiß ja nicht, was kommt. Vielleicht kommt ja noch die ganz große Idee. Und wenn die dann irgendwann kommt, dann kann man es sich ja evtl. noch überlegen. Deswegen also in demokratischen Abstimmungsprozessen ist es legitim sich zu enthalten. Es ist legitim, sich zuzustimmen oder nicht zuzustimmen. Ich meine, das ist einfach mal so gewesen diesmal und das ist gar nicht negativ. Das hat auch die Spannung bißchen erhöht. Aber ich glaube, es wird sich bei uns hier keiner wagen oder es wird keiner wagen, einen Haushalt scheitern zu lassen. Die Konsequenzen kennen wir ja alle, die muss ich hier nicht wiederholen.

Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion bei allen, die an der Entscheidung des Haushalts mitgewirkt haben. Meine Damen und Herren, dort hat man wirklich seine beruflichen Pflichten sehr ernst genommen. Wir bedanken uns also bei den Beschäftigten in der Verwaltung und in den Eigenbetrieben und hoffen, dass die positive, konstruktive Verwaltung zwischen Zusammenarbeit zwischen Parlament und Verwaltung auch in Zukunft positive Früchte tragen wird. Wir erwarten gleichzeitig, das muss ich hier noch mal sagen, dass die Umsetzungsgeschwindigkeit von Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung gestrafft und verbessert wird.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.